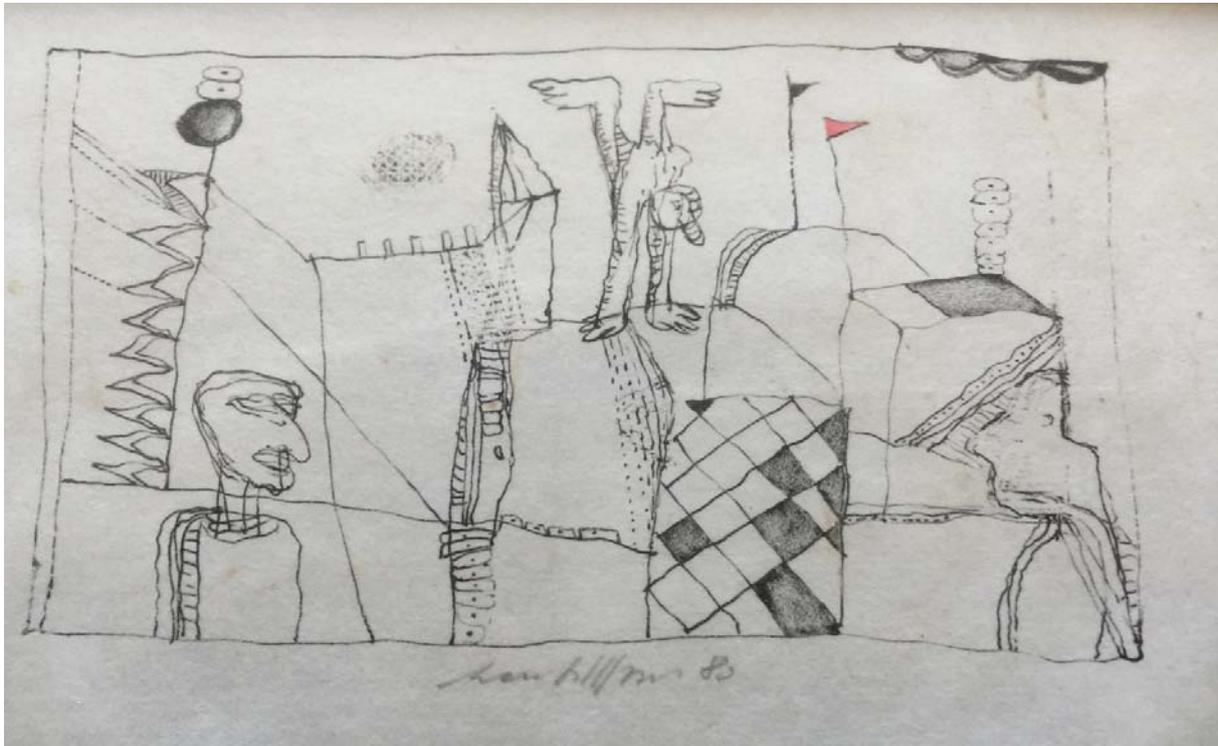


Arno Gottschalk¹

Vorrang für eine zukunftsorientierte Investitionsoffensive oder weiterhin Vorrang für die „Schwarze Null“?

Anmerkungen zu den GroKo-Sonderungsgesprächen, der SPD-Erneuerung und der Frage der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik



Für die Sondierungsgespräche mit CDU/CSU werden im Parteitagebeschluss der SPD eine Reihe von „essentiellen“ Punkten aufgelistet, die auf den „sozialdemokratischen Grundüberzeugungen“ und dem „beschlossenen Wahlprogramm“ basieren. „Rote Linien“ im Sinne von unverzichtbaren Zielsetzungen für eine GroKo werden dabei nicht formuliert. Auch die Essentials selbst enthalten nur zum Teil klar zugespitzte Forderungen, die mit einem „muss“ und nicht nur einem „sollen“ oder „wollen“ formuliert werden. Zudem bleibt für die mögliche Ausgestaltung der meisten Essentials ein weiter Spielraum. Dies gilt insbesondere auch für die Felder, auf denen die Umsetzung der SPD-Vorhaben mit einer Steigerung der Ausgaben des Bundes verbunden wäre. So soll zwar „mehr“ investiert werden für „Bildung, schnelles Internet, Straßen und sozialen Wohnungsbau“. Es bleibt aber unklar, um welche finanziellen Dimensionen es dabei gehen soll, sprich: ob eher gekleckert oder eher geklotzt werden sollte.

Hinter diesen Unklarheiten verbirgt sich eine noch wichtigere und grundlegende Frage: **Wie will es die SPD eigentlich halten in der Frage in der Haushalts- und Finanzpolitik insgesamt?** Wäre sie bereit, sich erneut auf eine Linie einzulassen, die den beiden Imperativen „keine neuen Schulden“ und „keine Steuererhöhungen“ folgt? Oder ist sie ganz im Gegenteil davon überzeugt, dass der **Vorrang bei den Zukunftsinvestitionen** liegen muss und das Gebot der nächsten vier Jahre darin besteht, die auch im Zuge der

¹ Arno Gottschalk, Mitglied der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft – Landtag der Freien Hansestadt Bremen

„Schuldenbremse“ verbliebenen Kreditaufnahmemöglichkeiten des Bundes voll auszu-schöpfen, um den riesigen infrastrukturellen Modernisierungstau abzubauen und die Bin-nenkonjunktur in Deutschland anzukurbeln?

Die Essentials des Parteitagsbeschlusses enthalten dazu keinerlei Aussage – obwohl die „Politik der Schwarzen Null ohne Steuererhöhungen“ bislang **das** zentrale Projekt von CDU/CSU war, um sozialdemokratische Kernanliegen zu blockieren oder zumindest auf Bonsai-Format zu schrumpfen und obwohl CDU/CSU bereits in den „Jamaika-Verhandlungen“ verdeutlicht haben, dass sie diese Politik auf jeden Fall fortsetzen wollen.

Dieser Leerstelle im Parteitagsbeschluss entspricht gleichermaßen eine Leerstelle in der bisherigen Diskussion um die Erneuerung der SPD: **Grundlegende wirtschafts- und fi-nanzpolitische Fragen werden dort bislang so gut wie gar nicht diskutiert.** Soweit in Entwürfen der Parteispitze explizit von „neuen Ansätzen in der Wirtschaftspolitik“ die Rede ist, werden zumeist nur die Förderung von Innovationen und Digitalisierung sowie deren sozial- und bildungspolitische Flankierung angesprochen. Im Übrigen dominiert weiterhin eine insgesamt positive Einschätzung der Wirtschaft – und damit insgeheim auch der Wirt-schaftspolitik:

„Es geht uns gut, weil die Weltwirtschaft boomt und eine exportorientierte Nation davon stark profitiert...“ (Martin Schulz im SPIEGEL 49/2017)

Bei einem solchen Urteil liegt es nahe, im Großen und Ganzen auf ein „Weiter so“ zu set-zen. Da die Wirtschaft gut läuft, leuchtet zudem schnell der Gedanke ein, dass es keiner zusätzlicher Ankurbelung der Konjunktur und angesichts steigender Steuereinnahmen auch keiner Neuverschuldung des Staates bedarf – es mithin bei der Politik der „Schwar-zen Null“ oder weniger anstößig: des „ausgeglichenen Haushaltes“ bleiben kann.

Die deutsche Wirtschaft – ein nachhaltiges Erfolgsmodell?

Tatsächlich ist die Situation und Entwicklung der deutschen Wirtschaft jedoch keineswegs in so rosigen Farben zu malen. Dies liegt nicht nur daran, dass ihre Exportquote in den letzten 15 Jahren rapide von knapp einem Drittel auf annähernd 50% gestiegen ist und sich dementsprechend die Abhängigkeit von den Ausfuhren erheblich erhöht hat. Bedenk-lich ist vor allem, dass sich dabei ein extrem hohes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht entwickelt hat.

Eigentlich, so steht es auch im bundesdeutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, soll-ten sich Exporte und Importe mittelfristig in etwa die Waage halten. Wie die folgenden Schaubilder zeigen, hat Deutschland seit der Einführung des Euros jedoch sprunghaft an-steigende Exportüberschüsse aufgebaut. Mittlerweile exportiert seine Wirtschaft rund 250 Mrd. Euro an Gütern und Dienstleistungen mehr als es gleichzeitig aus dem Ausland im-portiert. **Das ist das weltweit absolut größte außenwirtschaftliche Ungleichgewich-t** – noch vor China, dessen Wirtschaft allerdings mehr als drei Mal so groß ist wie die deutsche. Mit rund 8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verletzt Deutschland mit diesem Überschuss auch den europäischen Stabilitätspakt (was eigentlich, wenn Deutschland nicht so mächtig wäre, Sanktionen nach sich ziehen müsste).

Schaubild 1: Exportüberschüsse Waren und Dienstleistungen

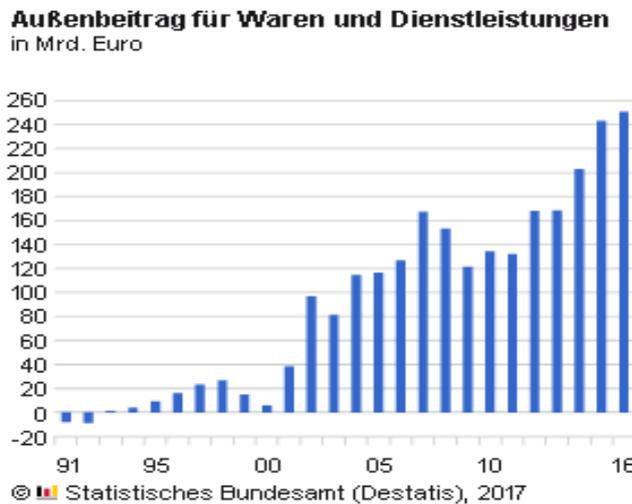
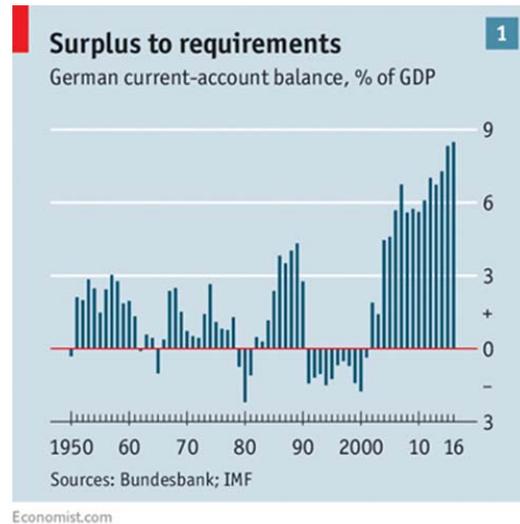


Schaubild 2: Überschüsse Leistungsbilanz in% BIP



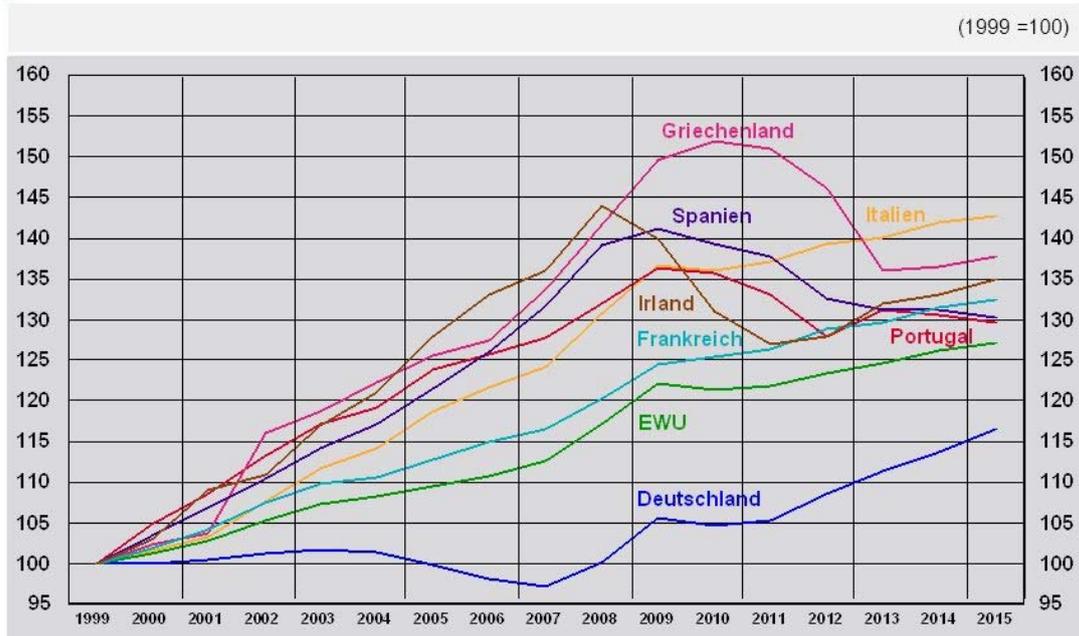
Viele in Deutschland sehen diese Überschüsse als Ausdruck der Stärke der deutschen Wirtschaft an und betrachten die sich daran entzündende Kritik aus dem Ausland als puren Neid und Miesmacherei. Sie übersehen dabei aber, dass die deutschen Überschüsse wirtschaftlich zulasten der Handelspartner gehen. Denn sie bedeuten, dass andere Länder im Handel mit Deutschland ein Defizit erleiden – und zwar ein doppeltes: realwirtschaftlich verlieren sie Arbeitsplätze und finanziell müssen sie sich verschulden.

Faktisch geht es „uns“ also nicht nur gut, weil die Weltwirtschaft boomt und Deutschland davon als exportorientierte Nation profitiert. Die deutsche Wirtschaft profitiert vielmehr in hohem Maße davon, dass sich andere Länder für den Kauf deutscher Waren und Dienstleistungen verschulden und damit im Inland Arbeitsplätze auf Kosten der defizitären Handelspartner gesichert werden können.

Ein solches Wirtschaftsmodell ist jedoch weder ökonomisch noch politisch nachhaltig. Und zwar umso weniger, als es nicht nur auf der Qualität deutscher Produkte und kostengünstiger Zulieferungsketten beruht. Es basiert vielmehr auch darauf, dass sich die Löhne in Deutschland seit Beginn der 2000er Jahre deutlich schwächer entwickelt haben als es nach der „Goldene Regel“ (durchschnittliche Produktivitätssteigerung plus Inflationsausgleich) geboten gewesen wäre.

Schaubild 3:

Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit in der EWU gemessen anhand der Lohnstückkosten



Quelle: OECD Economic Outlook Juni 2015

Joachim Prasch, Deutsche Bundesbank, München
2. Oktober 2015

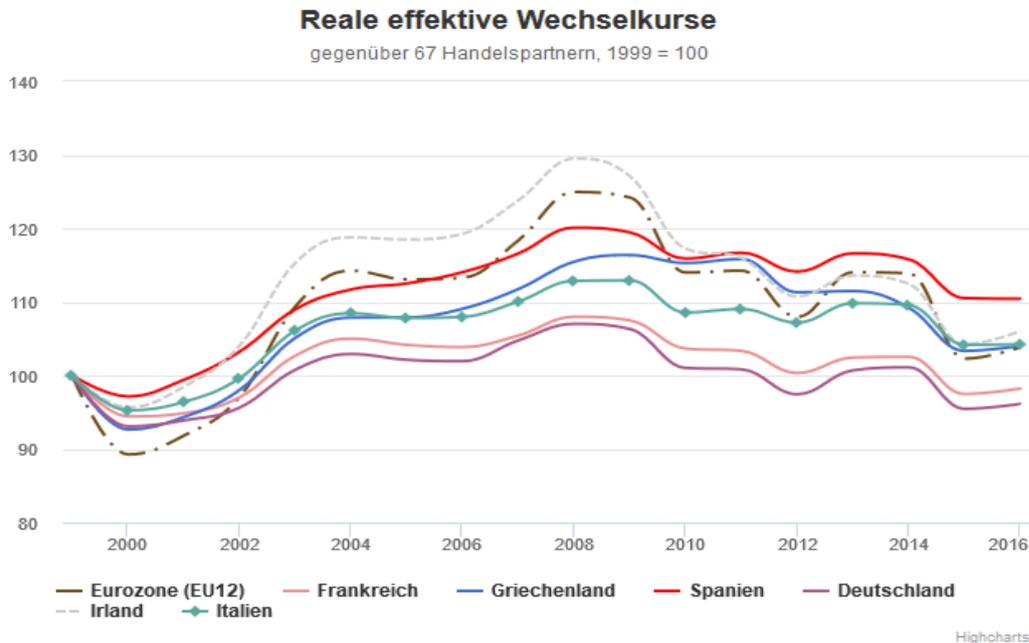
Seite 20

Innerhalb der Eurozone hat sich Deutschland deshalb bei den für die Preiskonkurrenz maßgeblichen **Lohnstückkosten** (den Arbeitskosten pro Produkteinheit) einen erheblichen Vorteil gegenüber den anderen Mitgliedsländern verschafft. Der Vorteil hat zunächst innerhalb der Eurozone zu erheblichen Export- und Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands gegenüber den anderen Mitgliedsländern geführt, auf die vor allem in den südlichen Euroländern dann (gezwungenermaßen) mit einer harten Austeritätspolitik zur Senkung von deren Löhnen und Lohnstückkosten reagiert wurde. Dieser Anpassungsdruck dauert immer noch an und ist auch der Hintergrund der Macron'schen Politik und „Strukturreformen“ in Frankreich. Da überall Druck auf die Löhne und die Staatsausgaben und damit auf die Binnennachfrage ausgeübt wird, ist dies zugleich der Hauptgrund für das anhaltend schwache Wirtschaftswachstum in der Eurozone insgesamt (und insbesondere auch im Vergleich zu den USA: Reales Wachstum des BIP 2016/2008: USA 12,7%; Eurozone 2,6%)

Gleichzeitig hat sich aus der unterdurchschnittlichen Entwicklung der deutschen Lohnstückkosten auch ein preislicher Wettbewerbsvorteil auf den Märkten außerhalb der Eurozone entwickelt. Normalerweise führen niedrige Kosten und daraus resultierende Exportüberschüsse dazu, dass die eigene Währung – die vom Ausland zur Bezahlung der zunehmenden Lieferungen verstärkt nachgefragt wird – gegenüber den anderen Währungen aufwertet und damit den Kostenvorteil zunichtemacht. Genau das passiert aber nicht, weil Deutschland keine eigene DM mehr besitzt, sondern in eine gemeinsame Währungsunion eingebettet ist. Innerhalb dieser Währung drücken Deutschlands Exportüberschüsse den Außenwert des Euros deshalb zwar nach oben; die schwächeren anderen Ökonomien zie-

hen ihn aber tendenziell nach unten – und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank tut seit 2012 ihr Übriges, um den Euro zu schwächen und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Euroraumes zu stärken.

Schaubild 4:



Quelle: Bruegel

Das Ergebnis ist ein Eurokurs, der für einen Teil der Euroländer tendenziell zu hoch bzw. aktuell so gerade tragbar ist, während er für die exportstarke deutsche Wirtschaft unangemessen niedrig liegt. **Diese verdeckte Unterbewertung** wiederum ist ein wesentlicher Grund für die deutschen Exportüberschüsse der letzten Jahre gegenüber dem Nicht-Euro-Ausland – und zugleich der Punkt, warum die Trump'schen USA Deutschland eine **unfaire Handelspolitik** vorwerfen und mit Strafzöllen oder steuerlichen Hürden drohen. Aber auch im Binnenverhältnis der Eurostaaten sind diese Unterschiede bei den effektiven Wechselkursen ein gravierendes Problem. Denn sie beeinflussen die Wettbewerbsfähigkeit untereinander auf gemeinsamen Drittmärkten, sprich: den Märkten außerhalb des Eurobereichs. Obendrein sind sie ein Quell anhaltender Spannungen in der Bewertung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Die deutsche Wirtschaft könnte sehr wohl mit wieder steigenden Zinsen und einer damit verbundenen Tendenz der Aufwertung des Euros leben. Von daher gibt es hierzulande viele solcher Stimmen. Anderen Eurostaaten würde dann aber schnell wieder das Wasser bis zum Halse stehen.

All dies zeigt, dass die extremen Export- und Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands ein erhebliches Konfliktpotential für die Eurozone und die Weltwirtschaft insgesamt begründen und

Deutschland deshalb vom Ausland nicht bewundert, sondern wegen seiner **nationalegoistischen Wirtschaftspolitik („Merkantilismus“)** und seinem „Lohn-Dumping“ **kritisiert wird**. Deutlich wird aber auch, dass sich die deutsche Wirtschaft ihrerseits in eine extreme Abhängigkeit von der Verschuldungsbereitschaft des Auslandes begeben hat, die mit erheblichen Risiken verbunden ist.

Eine gute Zeit zum Sparen und zur Verringerung der Staatsverschuldung?

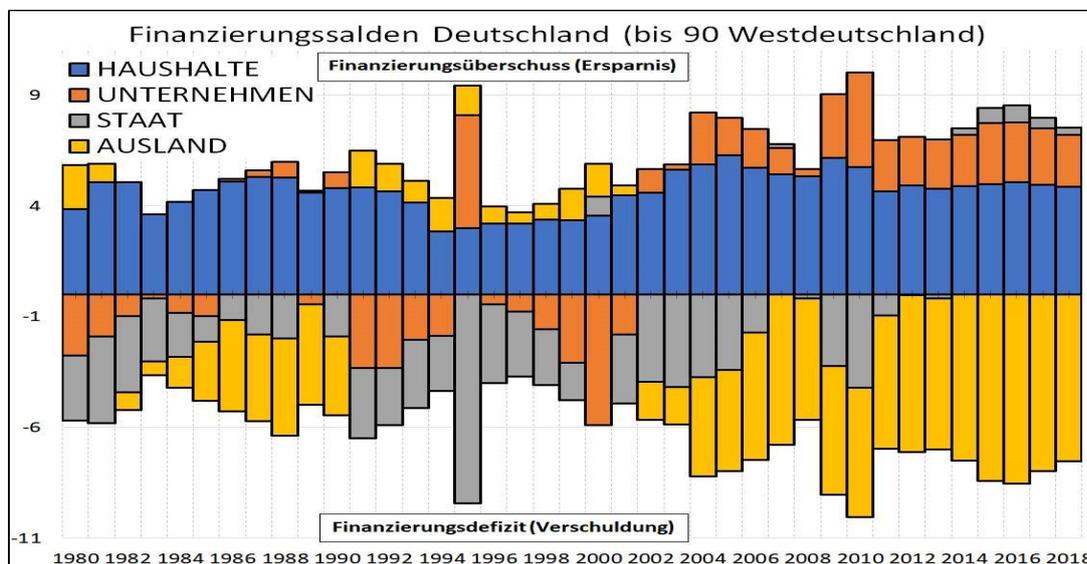
Angesichts der beschriebenen Spannungen und Risiken wäre es völlig verfehlt, wenn die deutsche Finanzpolitik ihre Politik der „Schwarzen Null“ oder gar der Überschüsse zur Schuldentilgung fortsetzen würde. Denn diese Politik würde die deutsche Wirtschaft noch mehr vom Tropf einer schuldenfinanzierten Nachfrage aus dem Ausland abhängig machen.

Deutlich erkennbar wird dies, wenn man einen Blick auf das Schaubild 5 zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme und -salden in Deutschland wirft.

In dem Schaubild werden die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfassten Finanzströme in vier Bereiche aufgegliedert: die privaten Haushalte, die Wirtschaft, der Staat und das Ausland. Wichtig zum Verständnis ist dabei: Wenn Geld seinen Besitzer wechselt, ist dies immer Einnahme (von X) und Ausgabe (von Y) zugleich. Die Summe aller Einnahmen entspricht folglich immer der Summe aller Ausgaben. Jedem Einnahmeüberschuss steht daher auch ein gleich hoher Ausgabeüberschuss an anderen Stellen gegenüber - und die Summe aller Guthaben ist genauso hoch wie die Summe aller Schulden. (Nebenbei: Um alle Schulden der Welt abzubauen, müsste man folglich auch alle Geldguthaben auf Null bringen, und eine Situation, in der alle ein Geldguthaben besitzen und keiner Schulden, ist schlicht unmöglich.)

Dargestellt im Schaubild werden jeweils die jährlichen Salden zwischen den Einnahmen und Ausgaben, also die finanziellen Überschüsse und Defizite von privaten Haushalten, Unternehmen, Staat und Ausland. Oberhalb der horizontalen Nulllinie werden die Überschüsse abgebildet, unterhalb die Defizite.

Schaubild 5



Quelle: WieSo

Auf der linken Seite des Schaubildes, bis zu Beginn der 2000er Jahre, ist zu sehen, wie sich die Finanzierungssalden normaler Weise (in den Zeiten des deutschen „Wirtschaftswunders“ war das noch ausgeprägter) darstellen:

1. Die privaten Haushalte (blau) geben insgesamt regelmäßig weniger aus als sie einnehmen und verzeichnen somit Einnahmeüberschüsse.

2. Die Unternehmen (rot) geben im Konjunkturverlauf mehr Geld aus als sie einnehmen, weil sie Kredite aufnehmen, um damit ihre Investitionen und ihren Kapitalaufbau zu finanzieren.

3. Der Staat (grau) gibt kontinuierlich – mal mehr, mal weniger – Geld aus als er einnimmt (und finanziert damit im Idealfall öffentliche Investitionen).

4. Und das Ausland verbucht teils Einnahmeüberschüsse, teils Ausgabenüberschüsse, entsprechend dem Ideal, dass mittelfristig ein ausgeglichener Finanzierungssaldo in der Außenwirtschaft erzielt werden sollte.

Seit den frühen 2000er Jahren (mit der zunehmenden Umverteilung, dem Beginn der Agenda-Politik und der verstärkten Flucht in die Außenexpansion) hat sich das Bild nachhaltig gewandelt. Die Ersparnisse der privaten Haushalte steigen trotz zunächst wachsender Arbeitslosigkeit an (was sich mit „Angstsparen“, aber auch der Umverteilung von unten nach oben erklären lässt.) Daneben werden auch die Unternehmen **dauerhaft** zu Sparern, die weniger ausgeben als sie einnehmen, also Teile ihrer Einnahmen nicht mehr reinvestieren, sondern etwaige Schulden abbauen oder „Geld auf die hohe Kante legen“ (was faktisch mit einer anhaltenden Investitionsschwäche im Inland einhergeht). Schließlich hat im Zuge der „Schwarze-Null-Politik“ auch der Staat (insgesamt) begonnen, weniger auszugeben, als er eingenommen hat.

Wenn somit drei von vier Sektoren sparen, dann muss der vierte Sektor zwangsläufig ein Defizit aufweisen. Genau das zeigt das Schaubild in eindrucksvoller Weise: Nachdem nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch die Unternehmen und der Staat zum Sparer geworden sind, ist das Ausland als einziger Bereich übriggeblieben, der die erforderliche Gegenposition bezieht und mehr ausgibt als er einnimmt. Die Kehrseite der inländischen Sparsamkeit ist also die Verschuldung der ausländischen Handelspartner – oder anders formuliert: **die schwarzen Zahlen von privaten Haushalten, Unternehmen und Staat im Inland sind die roten Zahlen des Auslands.**

Realwirtschaftlich lag dem – wie oben gezeigt – zugrunde, dass sich die Binnennachfrage nur schwach entwickelt hat und die deutsche Wirtschaft nicht nur mehr und mehr von der Nachfrage aus dem Ausland abhängig geworden ist, sondern sich zugleich eine wachsende Lücke zwischen den Exporten und den Importen aufgetan hat, riesige Export- und Leistungsbilanzüberschüsse entstanden sind und sich die deutschen Forderungen gegenüber dem Ausland inzwischen auf rund 2 Billionen Euro aufgebläht haben.

Kurioser Weise geht das alles in Deutschland mit einer **öffentlichen Wahrnehmung und Deutung** einher, die den beschriebenen Zusammenhängen in keiner Weise gerecht wird. Erstens werden Ersparnisse grundsätzlich eher positiv und Schulden grundsätzlich eher negativ bewertet – obwohl es die ersten gar nicht ohne die zweiten geben kann. Zweitens werden die deutschen Überschüsse gefeiert und die Defizite anderer Länder kritisiert – obwohl den (wachsenden) deutschen Überschüssen notwendigerweise (wachsende) Defizite in anderen Ländern gegenüberstehen müssen. Und drittens gipfelt dies in der Empfehlung, dass sich die anderen Länder ein Beispiel an Deutschland nehmen sollten – obwohl es schlicht unmöglich ist, dass alle Länder einen Überschuss erzielen.

Im Grunde ist es daher wie ein schlechter Witz: Landauf und landab wird in Deutschland vor Schulden gewarnt und die „schwäbische Hausfrau“ gefeiert. Die privaten Haushalte sollen noch mehr sparen (staatlich geförderte Altersvorsorge). Die Gewinne und die Eigen-

finanzierung von Unternehmen sollen möglichst noch mehr gestärkt werden. Und der Staat soll die sprudelnden Steuereinnahmen zum Abbau seiner Schulden verwenden. All dies hat aber zur Folge – und funktioniert nur dadurch –, dass das Ausland sich mehr und mehr gegenüber Deutschland verschuldet (wofür die Schuldner dann – als zusätzliche Pointe – des liederlichen Wirtschaftens geziehen werden.)

Das Ergebnis ist ein Deutschland der Paradoxien: Ein Land, das einerseits gigantische finanzielle Vermögen aufgebaut hat, dessen Wirtschaft andererseits aber immer abhängiger von der Schuldenaufnahme des Auslandes geworden ist. Ein Land, das wertmäßig acht Prozent an Gütern und Dienstleistungen mehr produziert, als es selbst verbraucht, während gleichzeitig zirka 15 Prozent seiner Bevölkerung in Armut leben, seine Infrastruktur verfällt und die Meilensteine eines verstärkten Klimaschutzes nicht eingehalten werden. Und last but not least ein Land, das am meisten von der Einführung des Euros profitiert hat, das aber zugleich mit seinen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten die gemeinsame Währung und den Zusammenhalt der Eurozone am stärksten strapaziert und gefährdet.

Angesichts dieser Befunde zu sagen, es gehe uns gut, erinnert daher an einen Luxusdampfer, auf dessen Oberdeck und Brücke sich Passagiere und Kapitäne über das gute Wetter freuen - und niemand wahrhaben will, dass sich das Schiff auf einer gefährlichen Route befindet.

Tatsächlich muss aber die Einsicht reifen, dass das „Modell Deutschland“ mit seiner zunehmenden Abhängigkeit von der Verschuldung des Auslandes nicht dauerhaft fortsetzbar ist, sondern zunehmend riskanter wird – sei es, weil die Trump'schen USA tatsächlich mit der Keule von Einfuhrzöllen oder Steuerrisikominierungen reagieren oder weil die Eurozone unter den ökonomischen Verwerfungen der national-egoistischen Wirtschaftspolitik Deutschlands auseinanderbricht.

Diese Einsicht ist in der Wirtschaft selbst kaum vorhanden, da jedes Unternehmen im Wettbewerb steht und aus einzelwirtschaftlicher Logik nur die weitere Stärkung seiner eigenen Konkurrenzfähigkeit vor Augen hat. Diese Einsicht ist aber auch bei CDU/CSU (und FDP) nicht entwickelt, die getreu der einzelwirtschaftlichen Logiken ungebrochen einseitig auf die weitere Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bzw. ihrer exportorientierten Sektoren setzt und für die schwelenden Probleme in der Eurozone nur eine imperiale Devise kennt: sie mit einem rigiden Umstrukturierungsprozess nach deutschem Vorbild umzugestalten und ebenfalls auf eine verstärkte internationale Expansion auszurichten. (Sehr klar beschrieben hier: <https://makroskop.eu/2017/02/die-politische-oekonomie-der-erzwungenen-angleichung/>)

Eine SPD, die ihren Erneuerungsanspruch ernst nimmt, kann und darf einen solchen riskanten Kurs nicht (weiter) mittragen!

Was aber tun?

Die grundlegende Antwort muss darin bestehen, wieder verstärkt die Binnennachfrage in Deutschland anzukurbeln, um die relative Abhängigkeit des Wachstums vom Export zu vermindern und über vermehrte Importe auch Impulse in die Eurozone bzw. die EU insgesamt zu geben.

Wie kann das geschehen?

1. Da die Unternehmen von sich aus trotz guter Gewinnlage und historisch günstiger Kreditzinsen (mangels hinreichender Nachfrage) zu wenig investieren, muss der primäre Anstoß zur Ankurbelung der Binnennachfrage vom Staat kommen. Dieser darf deshalb auf gar keinen Fall seine „Schwarze-Null-Politik fortsetzen oder sogar selbst noch Einnahmeüberschüsse erzielen respektive Schulden tilgen wollen. Denn sonst würde die Wirtschafts- und Finanzpolitik weiterhin vorrangig auf die Nachfrage und Verschuldungsbereitschaft des Auslandes setzen. Der Staat oder genauer gesagt: **der Bund muss vielmehr seine Ausgabemöglichkeiten ausreizen** und das bedeutet auch: er muss seine verbliebenen Kreditaufnahmemöglichkeiten in Höhe von 0,35% des BIP (das entspricht derzeit rund 11 Mrd. Euro p.a.) maximal ausschöpfen. Diese Ausweitung muss mittelfristig angelegt sein, da nur so auch die bekannten Restriktionen bei einem Teil der Investitionsprogramme (zu geringe Planungskapazitäten der Kommunen, fehlendes Fachpersonal für Schulen und Kitas) überwunden werden können.
2. Alternativ kommen teilweise auch eine Steuersenkung oder eine Abgabentlastung in Betracht, um mehr Konsumausgaben anzuregen. Diese müsste aber gezielt die unteren Einkommen entlasten, weil bei steigenden Einkommen die Sparquote steigt und der Steuersenkungsimpuls verpufft bzw. negativ wird. Da die untere Hälfte der Einkommensbezieher keine oder nur geringe Einkommenssteuer bezahlt, müsste die Entlastung stattdessen entweder bei der Mehrwertsteuer erfolgen und dort – mit Blick auf die Lebenshaltungskosten – vornehmlich beim ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Oder die Entlastung der unteren Einkommensklassen müsste über eine Absenkung der Sozialbeiträge und deren Ausgleich in den Sozialkassen durch erhöhte Bundeszuschüsse geschehen.
Vermieden werden muss auf jeden Fall eine ersatzlose Streichung des Soli, da der größte Teil des Einnahmeausfalls des Bundes den obersten Einkommensgruppen zugutekäme und damit zu einem großen Teil nicht in der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, sondern in Finanzprodukten landen würde.
3. Statt Steuern zu senken, sollten diese teilweise gezielt gesteigert werden, um die Einnahmehasis des Staates und damit dessen Ausgabemöglichkeiten zu vergrößern. Damit Steuererhöhungen nicht die reale Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen treffen, **müssten auch aus ökonomischen Gründen Teile der höchsten Einkommen und Vermögen (inkl. Erbschaften) abgeschöpft werden**, da diese zu einem großen Teil ohne absehbare reale Nachfragewirkung auf den (ohnehin überdimensionierten und besonders störanfälligen) Finanzmärkten vagabundieren. Ergänzend ist auf die bekannten Projekte und notwendigen Maßnahmen wie die Reform der Kapitalertragssteuer, die Finanztransaktionssteuer und die Schließung von Steuervermeidungslöchern zu verweisen, wo sehr wohl auch nationale Maßnahmen möglich sind. Obendrein sollte dem Modell der USA gefolgt werden und die Besteuerung nicht nach dem Inlands-, sondern dem Inländerprinzip erfolgen, um auch im Ausland erzieltetes Einkommen (und Vermögen) zu erfassen.
4. Es gibt aber auch Bereiche, in denen gezielte steuerliche Anreize (des Bundes) sinnvoll sind, weil sie eine Hebelwirkung für die Entfaltung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen entfalten können. Zu nennen ist hier insbesondere **die**

energetische Modernisierung des (Wohn-) Immobilienbestandes, aber auch die Förderung der sozialen Wohnraumförderung. Statt bei letzterer nur den Neubau zu begünstigen, sollte vor allem auch die Instandsetzung und Modernisierung von Häusern im ländlichen Raum mit einbezogen werden, um dem zunehmenden Leerstand und Verfall von Immobilien in Dörfern und Kleinstädten entgegenzuwirken (im Kontext einer ohnehin dringend gebotenen Stärkung regionaler Strukturpolitik). Solche steuerlichen Anreize sollten aber nicht progressiv ausgestaltet sein und damit Bezieher hoher Einkommen begünstigen, und für Zielgruppen, die kaum Steuern zahlen, durch Zuschüsse ersetzt werden.

5. **Abgeschafft** (in Form eines Auslaufens) sollte demgegenüber die **steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge.** Sofern diese nur Umschichtungswirkungen von ungeforderten zu geförderten Geldanlagen bewirkt, ist sie überflüssig und vergeudetes Geld. Soweit sie tatsächlich tendenziell die Sparquote der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöht, ist sie ökonomisch kontraproduktiv, da sie dadurch Gelder aus der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen abzieht und deren Umleitung in die Finanzmärkte fördert. Auch aus ökonomischen Gründen ist deshalb die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung geboten, deren Umlageverfahren die genannten Nachteile der kapitalgedeckten Rente vermeidet. Im Zuge einer solchen Rentenreform sollte - als Korrektur eines weiteren misslungenen Gesetzes aus der rot-grünen Ära - auch die nachgelagerte Besteuerung der Rente wieder abgeschafft werden, das sie vornehmlich die höheren Einkommen begünstigt und deshalb über den Sparquoteneffekt auch realwirtschaftlich kontraproduktiv ist.
6. Nachhaltig gestärkt werden sollten – neben dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich sowie der technischen Infrastruktur – insbesondere auch der **Gesundheits- und Pflegebereich sowie insgesamt die soziale Infrastruktur einer älter werdenden Gesellschaft.** Denn dort besteht nicht nur ein großer sozialer Bedarf, der mit der zunehmenden Zahl älterer und hochbetagter Menschen weiterwachsen wird. Vielmehr eröffnet sich dort auch die große Chance, einen wichtigen Wirtschaftssektor mit hohem Arbeitskräftebedarf erfolgreich auszubauen und damit dem anhaltenden Druck auf industrielle Arbeitsplätze mit einer Stärkung von Dienstleistungssektoren zu begegnen.
7. Eine Ausweitung der staatlichen Nachfrage kann allerdings nur eine Initialzündung und Teil der notwendigen Stärkung der Binnennachfrage sind. **Eine durchschlagende Breitenwirkung auf die Massenkaukraft ist nur durch steigende Real-löhne, gerade auch in den unteren Einkommensklassen, zu erreichen** – mehr noch: eine solche Stärkung bedarf einer Wiederanhebung der Lohnquote innerhalb der Primärverteilung zwischen Kapital und Arbeit. Politisch erfordert das vor allem eine Stärkung des Tarifvertragssystems und der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht, flankierend aber auch einer deutlichen Anhebung des Mindestlohns, wie ihn Olaf Scholz ins Gespräch gebracht, um gerade in unteren Einkommensklassen Anreize für tarifliche Lohnsteigerungen zu setzen. Richtig ist überdies die angestrebte Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Krankenkassen, die die Nettoeinkommen der Versicherten stärken würde.
Konzeptionell bedarf all das zugleich die Abwendung von ökonomischen Theorien und Wirtschafts-„Weisen“, die Lohneinkommen und Sozialbeiträge immer nur als zu minimierende und zu differenzierende Kosten betrachten, nicht aber als die ent-

scheidendes Schlüsselgröße für eine wachstumsfördernde Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen.

Während anfänglich eine deutliche Umverteilung zugunsten der Löhne anzustreben ist, muss mittelfristig wieder die „Goldene Lohnregel“ Geltung finden, wonach die Löhne um die durchschnittliche Produktivitätssteigerung der Wirtschaft plus die von der Zentralbank angestrebte Inflationsrate (knapp 2%) erhöht werden sollten. (Anmerkung: Diese Formel wäre zugleich – nach einer Korrektur der Auseinanderentwicklungen in den Jahren bis zu Ausbrechen der Eurokrise – die angemessene Orientierungsmarke für die nationalen Lohnentwicklungen in der Eurozone, um ein erneute Verwerfungen durch unterschiedliche Lohnstückkostenentwicklungen zu vermeiden.)

Das alles ist zweifellos einfacher gesagt als getan – und in Verhandlungen mit CDU/CSU sicherlich kaum durchzusetzen. Wichtig ist aber, dass auf Seiten der SPD überhaupt erst einmal Klarheit bestehen sollte, welchen grundlegenden wirtschafts- und finanzpolitischen Orientierungsmarken und Leitlinien eine Verhandlung über eine neue Koalition folgen sollte. Denn ansonsten besteht die Gefahr, dass nur ein Set von sozialpolitisch motivierten (Einzel-) Projekten in die Verhandlungen eingebracht werden, die nicht in ein übergreifendes wirtschafts- und finanzpolitisches Konzept eingebettet sind und die deshalb Gefahr laufen, gleich doppelt zu scheitern: zum einen daran, dass sie aufgrund vermeintlicher ökonomischer Sachzwänge selbst nur halbherzig und zu klein dimensioniert angegangen werden, und zum anderen dadurch, dass die oben skizzierten makroökonomischen Herausforderungen als Ganzes verfehlt werden und auf diesem Felde wieder die Union ihr Programm durchsetzen kann – also erneut ein christdemokratischer Kuchen mit ein paar sozialdemokratischen Rosinen gebacken wird.

Gleichzeitig würde es eine solche grundlegende Klarheit in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen erlauben, die eigenen Essentials anspruchsvoller, umfangreicher und offensiver zu formulieren und damit zugleich auch ein viel beklagtes Manko zu überwinden: nämlich deutlicher zu machen, wo die sozialdemokratischen Unterschiede zu CDU und CSU liegen. Wenn daran dann die Sondierungsgespräche scheitern sollten, würde bei etwaigen Neuwahlen jedenfalls klarer sein, zwischen wem und was zu wählen ist!

Bremen, im Januar 2018



Arno Gottschalk

Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
- Landtag der Freien Hansestadt Bremen -
Bismarckstr. 35
28203 Bremen
Fon 0421 - 70 40 70
Mob 0176 - 30 41 56 90

eMail: ag@arno-gottschalk.de
www.arno-gottschalk.de